



verarmte Reich nunmehr auch von ihnen angemessene Steuern verlangt. Was sagt die öffentliche Meinung zu dieser Art von Steigerung der Produktion? Die verfallenen Gewerkschaften waren die ersten, die nicht nur ihrer Mitglieder wegen, sondern im allgemeinen Interesse unserer Wirtschaft dagegen aufgetreten sind. Wer nicht schon vorher klar gesehen hat, dem muß mindestens dieses Beispiel von Steuerfabrikation auf Kosten der Produktion die Augen darüber geöffnet haben, daß das ganze Gerede von der angeblich einzigen Rettung durch Verlängerung der Arbeitszeit eine öde und langweilige Scheuerei ist.

9. Aus diesen Gründen beharren die Gewerkschaften in voller Uebereinstimmung mit der Gesamtheit ihrer Mitglieder auf dem einmütigen Standpunkt: Hände weg vom Achtstundentag!

### Fortgesetzte Abschätze.

Die gewaltige Kluft zwischen der Rekrut der Bevölkerung und den überbelegten Bodenpreisen hat zu einer Abflachung in der Industrie geführt, die noch dadurch vertieft wurde, daß der Export mit der Durchführung der Goldmarkpreise auf immer größere Schwierigkeiten stieß. Trotz des anhaltenden Marktes waren die Preise der deutschen Industrie fortgesetzt über den Weltmarktpreis und es besteht so nach wie vor die Gefahr, daß die Arbeitslosigkeit bei zunehmender Teuerung wächst, wenn nicht durch rasche Durchführung einer Währungsreform die Grundlage für die Gesundung der Wirtschaft geschaffen wird. Die Abflachung trat deutlich in Erscheinung bei den bisherigen Herbstfesten in Leipzig und Breslau. Das Geschäft war dort ungewöhnlich gering. Unter dem gleichen ungünstigen Zeichen hat jetzt die Frankfurter Herbstmesse begonnen. Auch diese zeigte mit einer auffälligen Geschäftslücke ein und es ist leider nicht zu hoffen, daß ihr weiterer Verlauf das Gesamtbild wesentlich ändern wird. In der Zwischenzeit hat sich ja die Lage besonders dadurch verschärft, daß alle diejenigen Rohstoffindustrien, welche vorher ihre Preise nach in Papiermark gestellt hatten, gleichfalls dazu übergegangen sind, über den Weltmarktpreis hinausgehende Goldmarkpreise zu verlangen. Dadurch wird die Produktion weiter gewaltig verengt, während der Abflachung aus den bekannten Gründen anhält. Es ist dringend erforderlich, daß man gleichzeitig mit den Versuchen einer Stabilisierung der Währung und einer Verhinderung ungesicherter Betriebsstörungen und Stilllegungen die Preispolitik der Kartelle, insbesondere der Rohstoffkartelle, einer scharfen Nachprüfung unterzieht und sie zwingt, wirtschaftlicher Arbeit zurückzuführen. Andernfalls werden die verarbeitenden Industrien zum Schaden der Endverbraucher und zum Schaden der in ihnen beschäftigten Arbeiterschaft außerhande sein, durch eine Herabsetzung ihrer Warenpreise den Markt zu beleben und damit auch bessere Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen.

### Der Entwurf zur Errichtung einer Währungsbank.

Der der Presse übergeben worden, hat laut „Vorwärts“ eine Reihe von Mängeln zu erkennen, die von je einschneidender Bedeutung sind, daß mit einer wesentlichen anderen Struktur der neuen Notenbank zu rechnen sei. Die Bezeichnung für die neue Geldinheit werde nicht Bodenmark, sondern Neumark sein.

### Eine Abspaltung von der Deutschen Volkspartei in Bayern.

München, 24. September. (Eigener Drahtbericht.) In der „Deutschen Volkspartei“ des Reichstagswahlkreises Franken wurde eine Session vollzogen. Eine Reihe von Disziplinaren hatte für den gestrigen Sonntag 47 Vertreter nach Bamberg entsandt, wo nach einem Referat des Erlanger Universitätsprofessors Dr. Bent beschlossen wurde, aus der „Deutschen Volkspartei“ vorläufig auszutreten und die Organisation unter dem alten Namen „National-liberale Landespartei Bayern“ aufrecht zu erhalten. Professor Bent, der seit Jahr und Tag eine sehr wohl gerichtete Politik betreibt, wurde zum ersten Vorsitzenden der neuen Partei gewählt.

### Die Miete für Geschäftsräume.

Seit der Veranlassung des Reichsmietengesetzes war die Festsetzung der Miete für Räume in reinen Geschäftsräumen und in den Häusern der freien Vereinbarung überlassen. Die Vermieter benutzten diese Lockerung der Zwangsgerichtsbarkeit zu überhöhten Forderungen, die viele Kreise der Bevölkerung bedrückten. Deshalb beabsichtigt der preussische Minister für Wohnungswesen, die Mieten für diese Räume in kürzester Frist wieder der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

### Ein Dollar (Newyork) 142857142 M.

## Danika und Egon.

Eine Erzählung von Otto Sischel.

19) In dieser Zeit, deren letzteres Licht selbst zu den Alten und Antiquaren fiel, gab es wieder Gerüchte, man traf sich auf den Gängen, verknüpfte sich zu kleinen Erzählungen über politische und andere Dinge, die kühnen jungen Leute wählten von Zeitungsartikeln zu berichten, die wie ein Blumenduft unter Lebens um die nächste Ecke wehen, die älteren hörten jedoch häufig zu und genossen unbeteiligt den Zustand gelassener Beobachtung, neben den unbefangenen Worten der Neugierigkeit lauzierten gelegentlich wohlbestimmte und unerschütterliche, sorgfältig, kurz, alles Menschliche kam an die Sonne, selbst die und ließ sich beleben. Der Berichterstatter, wo sich alle Antiquare gelegentlich auf eine Weile zum Plaudern einander, war das sogenannte Archiv, ein dickeres mit Bücherstapeln bis an die Decke gefülltes Zimmer, hier lagte man, oder gab zu hören vor, was man zur Erledigung kühnerer Angelegenheiten und Beantwortung aller sonderbarsten Anfragen benötigte.

Ja diesen Tagen fanden eben ein paar Herren im Gespräch, als eine Dame eintrat und mit verlegener Stimme nach Herrn Dieter verlangte. Sofort hoben die dienstfertigen Pflichten kamen, den Geschäftsführer zu verschleiern. Eine Dame im Kleid eine hübsche nach oben, in immer Gegenstand großer Vergnügen, besonders Phantasien, Kombinationen, Erzählungen und Satire, alle Hüter der Disziplin ansprechen.

Sieben älteren Knaben, der seine Geschäftlichkeit dazu bediente, weilmännlich bei der kleinen Nebenbühne zu stehen, fragte die, ob nicht auch Herr de Mann zu sagen sei, ihr Gatte.

„O ich bitte Sie, ich werde ihn gleich haben“, lautete der Bestimmung, erzeit, einen Jügel des großen Scherenschnittes in Händen zu haben, und traf auf dem Gang der ganzen Gruppe, der Herr Dieter menschenwürdig bis an die Tür des Antiquars geleitete, wenn es Ihnen nicht ungut wäre, Unterredung mit der Dame beizubehalten. Ich möchte nicht, was für eine Dame sich hier aufhalten sollte, ich sollte mich für verschleiern, oder wenn mich freudig ist...“ sagte Herr Dieter gerade, als der hübsche Herr ganz außer Atem gelangt war und auf dem Antiquar prunkte, neben welchem Egon de Mann bestanden, wenigstens

## Zur Bodenfrage.

Zweiter Offener Brief an Herrn Freiherrn von Nischhofen auf Boguslawitz bei Rattten, Bezirk Breslau.

Herr Freiherr von Nischhofen! Sie haben im „Schlesischen Landbote“ vom 21. Juli auf meinen (ersten) Offenen Brief geantwortet. Sie werden aber verstehen, daß diese Antwort nicht in keiner Weise befriedigen kann. Sie wissen ja selbst o. besten, wie unzulänglich und abwegig, ja entstellend diese Antwort ausgefallen ist. Hätten Sie Ihren Lesern meinen Offenen Brief im Wortlaut vorangestellt, ich bin fest überzeugt, gar mancher dieser Leser würde heute über Sie, Ihre Haltung und die von Ihnen vertretene Bodenpolitik anders denken. Ich glaube sogar, Sie hätten dann eine solche Antwort erst gar nicht gewagt. Sie scheinen übrigens derselben Ansicht zu sein. Aus Ihrer entschuldigenden Schlussbemerkung ist nämlich sehr deutlich erkennbar, daß sich Ihr selbstanklagendes Gewissen gemeldet hat. Sie suchen dieses Ihr Gewissen wieder zu beruhigen, indem Sie angeben, die Geschäftsstelle Ihres Landbotes habe 100 Exemplare der Breslauer „Vollmacht“ mit meinem darin abgedruckten Offenen Brief angekauft, und es würden diese Abdrücke denjenigen zur Verfügung, die von meinem Briefinhalt Kenntnis erlangen wollen. Aus Ihren reichen Erfahrungen wissen Sie sehr genau, welcher Gebrauch von solchen gebenedieten Gelegenheiten gemacht wird. „Die Anguren läßt man“; nicht wahr, Herr von Nischhofen? Ich stelle also zunächst fest, daß Sie gerade auf die wichtigsten Punkte meiner Darlegungen nicht eingegangen sind, daß Sie einiges weniger Wesentliche als den Kern dessen bezeichnen, das ich behandelt habe, daß Sie mehreres verbirgt wiedergeben und sich abermals in mancherlei persönlichen Verunglimpferungen ergangen haben. In letzterer Hinsicht will ich gleich im voraus bemerken, daß ich diesen Ihren Gesinnung genau so wenig mit Ihnen teile, wie vieles andere auch nicht, dem Sie Ihre Meinung gegenüber haben. Ich werde und werde Ihnen aber die persönlichen Angriffe, Beschuldigungen und Gehässigkeiten. Wenn Sie sich solcher unehrenhaften Art Ihrer Kammerpolitik auch hiermit nicht zu enthalten vermögen, so gewäre ich Ihnen hiermit ausdrücklich Schimpflichkeit. Am Ende kann ja wohl niemand aus seiner eigenen Haut heraus. Oder handelt es sich um eine Taktik, die bestimmt ist, von der Sache abzuweichen? Dann sei Ihnen gesagt, daß Sie damit bei mir kein Glück haben. Ich nehme auch an, daß solche Taktik wesentlich für diejenigen berechnet ist, von welchen Sie wissen, daß Sie dadurch deren schädliches Urteil beeinflussen können. Das ist für die von mir und meinen Freunden vertretene Sache gewiß nicht von Vorteil; ich finde mich aber damit ab in der Gewißheit, daß am Ende dennoch die Gerechtigkeit und Rechtfertigung der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen werden.

Nun zu einigen besonders beachtenswerten Einzelheiten Ihrer Antwort. Da ich zunächst der Fall David. Sie suchen Ihre Leser glauben zu machen, dieser Fall habe einen Hauptgegenstand meiner Ausführungen. Dabei wissen Sie, daß ich diesen nur nebenher mit behandle, um daran das typische Ihrer Kampfesweise zu kennzeichnen. Genau so typisch ist jetzt auch Ihre Eingangsrede. Während Sie auf den angeblichen „Sachverhalt“ Dr. David David in antisemitischem Geiste mit dem Finger zeigen, um damit Ihrer Gesinnung zu sagen: „Wacht! Guckt! Seht! Seht!“, so ist es doch bei einem einzigen Judensagen in die Hände fallen sollte, finden Sie es nunmehr „erschreckend“, daß ich als Sozialist darauf Antich (1) nehme, ob jemand diesen oder jenen Glauben hat.“ Eine solche mit gemachter Unterstellung ist eine ganz handbüchere Schandtat. Ich kann Ihnen deshalb Ihren angeblichen Irrtum in diesem Falle durchaus nicht verzeihen, wie Sie das verlangen, sondern auch sagen, daß Sie mit Ihrer antisemitischen Eingangsrede zum mindesten unverantwortlich leichtfertig gehandelt haben. Die Schuldige ist offenbar Dr. David, der als Freund des Kleinrentners Ihren Irritationen im Wege und nahe daran auf diese Weise zum Semiten gekämpft werden.

Sie kennen Ihre Gefühlsart sehr genau. Darum wagen Sie es auch nicht, Ihr Verhältnis zu dem Vortage des wackeligen Semiten Weg Boden, das ich in dem ersten Offenen Briefe aufgedeckt habe, Ihren Lesern ebenfalls mitzuteilen. Ich stelle auch dieses fest.

Im Falle Tengen legen Sie jetzt ein Szenarium ab, das für mich und meine bodenreformierenden Freunde geradezu schmerzhaft ist. Sie betonen jetzt nicht mehr die Tatsache an sich, daß der obersächsische Ministerpräsident Tengen ein hervorragender preussischer Landwirt ist. Sondern Sie erklären, daß Sie ihm die Eigenschaften nur absprechen (!), weil dieser Mann den Markt hat (in Ihren Augen ist es wahrscheinlich ein Fehler), der offensichtlich räuberische zu sein, daß nach seinem Urteil die deutsche Landwirtschaft leistungsfähig genug sei, eine Grundrententzue in Gesamthöhe von jährlich 160 Millionen Tonnere Getreide aufzufringen. Darum: Räuber und Räuber; darum ist in Ihren Augen Tengen landwirtschaftlich und landwirtschaftlichseindlich. Welche man den Spiegel umdrehen, dann müßte man Sie als volks- und vaterlandsfeindlich bezeichnen. Ich halte mich bei nur Ihr gedauerliches Selbsterkenntnis fest, daß nach Ihrem Urteil derjenige ein Landwirt ist, der von der Landwirtschaft die ihm Leistungsfähigkeit entsprechenden Geld- und Naturalerträge verlangt, aber der als Landwirt solches Verlangen für gerechtfertigt erklärt. Hiernach muß in

Ihren Augen derjenige der beste Landwirtschafts Freund sein, der es so macht, wie während gewisse Großgrundbesitzer, die den Staat um keine Steueranprüche betrogen haben, indem sie rechnerisch „nachweisen“, daß ihr Betrieb „keinerlei Kosten abwerfe“, die aber trotzdem mit beträchtlichen Aufwänden und Mühen zu führen und auch sonst nicht gerade als Nothwendigkeiten leben.

Abdrucksentrappe ich Sie hier abermals auf einem Namen und für Sie bezeichnenden „Irrtum“. Sie behaupten nämlich, wenn dem landwirtschaftlichen Grundbesitzer die von Tengen befürwortete Getreidesteuer auferlegt wird, dann entfalle im Durchschnitt auf den Morgen land- und forstwirtschaftlicher Fläche 150 Pfund Getreide. Wäre das richtig, dann käme für das Deutsche Reich heute nur noch eine Gesamtfläche von 26 1/2 Millionen Hektar oder 106 1/2 Millionen Morgen in Betracht. Das ist aber noch nicht einmal die landwirtschaftliche Fläche im heutigen Deutschland. Würde man auch das forstwirtschaftliche Auktarium dazuzunehmen, wie Sie es getan haben, so müßte man (mit Einschluß des öffentlichen Eigentums) der Berechnung nicht weniger, sondern 42 Millionen Hektar oder 168 Millionen Morgen zugrunde legen. Das heißt: es entfallen dann nicht 150 Pfund Getreidewertsteuer auf den Morgen, sondern nur 90 Pfund! Merkwürdig, sehr merkwürdig, Herr von Nischhofen, daß Sie sich in so wesentlichen und entscheidenden Fragen immer wieder „irren“. Ich will aber Ihre nachgewiesene falsche Angabe hier als Irrtum lassen, obgleich davon überzeugt bin, daß Sie in gleicher Lage Ihren Gegner als Fälscher an die Pranger stellen würden, wie Ihre fortwährende selbstgeschämte Constatität und Ihre sonstige Haltung durchaus schlußfolgern lassen.

Frühen wir nun aber gleich einmal allen Entschuldigungsfragen, ob die Landwirtschaft eine Grundrententzue in der Höhe des Wertes von 90 Pfund oder auch 1 1/2 Zentnern Getreide auf den Morgen im Jahre tragen kann oder nicht (für gutes Kulturland mehr, vielleicht bis zu 4 Zentnern, für geringeres weniger, vielleicht herab bis zu nur einem halben Zentner). Am besten wird man das nach den in der Vorkriegszeit üblich gewordenen Pachtpreisen messen. Betrag der damals angemessenen Reichsbuchmitteln abzüglich des Zuschlages für regelmäßige Eigenaufwendungen und Eigenleistungen etwa weniger als 1 1/2 Zentner Roggen (= 12,75 Goldmark) für den Morgen? Ich behaupte, dieser Durchschnittspachtpreis war noch erheblich höher, er ist jetzt höher und wird vermutlich noch höher steigen. Dieser reine Bodenzins ist aber gar nicht anders, als — die Grundrente oder das arbeitslose Einkommen des Eigentümers, das nach Artikel 155 Absatz 2 der Reichsverfassung „für die Gesamtheit nutzbar zu machen ist.“ Paraphrasieren Sie daran, daß Sie selbst Ihren eigenen gepachteten Wirtschaftsboden mit sechs Zentnern Pachtpreis im Morgen wert. In Doppelparaphrase: daß Sie sich auch über diese Ihnen von mir vorgehaltene Tatsache Ihren Lesern gegenüber ausweichend. Ich selbst bin der Ansicht, daß die Landwirtschaft, wenn es sein muß, einer noch nennenswerten größeren Steuerleistung fähig ist, als Ministerpräsident Tengen ihr verweigert; letzten Endes die volle Höhe dessen, was Pächter der angemessenen reinen Pachtpreis leisten, will sagen, die volle Grundrente. Denn wenn die Pächter bei Abgabe eines solchen Zinses noch zureichenden, dann wäre es doch wunderbar, daß ausgerechnet die Eigentümer bei derselben Abgabe nicht solchen Nutzen ziehen können. Oder kommen die Pächter nur dadurch umher, weil sie etwas besser wirtschaften, als die Eigentümer? Dann würde das die beste Begründung dafür sein, den ganzen Privat-eigentumsbesitz in Privatpachtbesitz umzuwandeln!

Darf nebenbei nicht auch darauf hingewiesen werden, daß in der Vorkriegszeit die Landwirtschaft im Durchschnitt als Hauptverdienstzweigen zu leisten hatte, und daß durch die wunderbare Fügung der Geldentwertung ihr diese ganze Last abgenommen worden ist? Und schließlich darauf: daß bei wirtschaftlicheren Wirtschaft die Bodenergiebigerkeit sich noch erheblich steigern läßt? Bitte: „Produktionsprogramm des Reichsausschusses der deutschen Landwirtschaft“, und die übereinstimmenden Gutachten aller führenden Vertreter der Landbauwissenschaft und der Landbaupraxis, Ihr eigenes Gutachten einbezogen!

Eine Grundrente wollen Sie durchaus nicht anerkennen. Sie stellen dagegen folgende Anti-Grundrententzue vor: auf: Der heutige Kulturwert der Ackerfrucht ist das Erzeugnis des Fleisches und des Schweines vieler Generationen, die nie vor uns ins Grab gesunken sind. Das ist die Ursache, durch die Sie fahren dann aber fort: folglich gebührt der Gemeinrenter dieses Kulturbodens dem (ursprünglichen oder Kauf-)Eigentümer dieses Bodens. Diese Schlussfolgerung ist grundfalsch; sie muß nämlich lauten: folglich gebührt jener Rententeil des Wirtschaftsergebnisses der Volksgesamtheit. Denn die in Frage kommenden Generationen waren doch wohl nicht bloß die Eltern, Großeltern und Urenkel-

vergnügt einherwandelt, wie immer, wenn es etwas Unersetzliches, ein Ereignis und Ereigniszugabe abgibt.

„Es ist ja Ihre Frau Gemahlin“, rief der Vollwappherr.

Dieter wandte sich eben nach seinem kühnen Begleiter und unerschütterlichen Vertrauen fragend an, als dieser mit einer ungeschicklich harten Wendung antwortete. Die Älteren bejahten sich erst noch, ob sie ihm folgen oder bis ans Archiv bringen sollten; Dieter konnte nichts anderes tun, als sich vorläufig der Dame zur Verfügung stellen. Er trat ein. Die Danika stand in einem zwar behaglichen, doch camarischen kleinen, hölzernen Kabinett, das sehr klein, mit grauem, dunkeln, etwas schalen Augen. Sie schaute Dieter offen entgegen, aber er merkte ihrem Blick an, daß der sich hinter gebläht hätte und nicht eben ganz der Frage eines anderen Blickes begegnete. Es herrschte eine kleine, verärgerte Pause, nachdem Danika sich wogehüllt hatte, bis Dieter endlich sagte: „Gnädige Frau haben gewiß den Herrn Gemahl. Er war eben noch weg.“ Darf ich ihn vielleicht rufen?

Danika schüttelte den Kopf. „Ich danke sehr, eigentlich möchte ich ihn vorläufig noch nicht hier haben, es handelt sich vielmehr um eine Sache, die ich zunächst mit Ihnen besprechen möchte, wenn Sie die große Güte haben wollen, mich anzuhören und zu versichern, daß ich Sie belästige. Aber mein Mann hat mir so viel von Ihnen erzählt und von allen Ihren ausführlichen Rathschlägen, daß ich es wage, denn ich weiß ja wirklich nicht, an wen ich mich wenden sollte.“

Dabei füllten sich ihre Augen rasch mit Tränen. Dieter verzogte sich kaum. Die Frau begann aus gleich zu sagen und zu fragen, was nötig war. Seit langem hatte Spor nicht mehr regelmäßig kein Gebalt nach Hause gebracht, sondern nur nach vielen dringlichen Mahnungen erst gegen die Mitte des Monats. Aber bei der heute durch den Besuch eines Herrn überredet worden, welcher die unbedingten Rechnung jenes Geschäftes vorlegte, nun dem die Einkünfte ihrer Wohnung kamante und dieser entzündeten heftigen Zornes verlangte, daß die Danika solle sich nur gegen Zahlung von zehn Mark und mit dem Bescheid des Eigentümers gefehert werden lassen, würde er alles wegnehmen und der Firma zurücklassen lassen, wenn nicht endlich die Leihhabenden pünktlich einlösen. Die Frau habe sie gestern mit diesen Worten überredet, indem er ihr erzählte, eine

bedeutende Remuneration für abgelieferte wohlgefundene Zeichnungen in die Hand bekommen und zugleich zu diesem schönen Zwecke verwendet zu haben. Da sie schon einmal keine Zeichnung überhört großer Schulden habe vornehmen müssen, ahnte sie jetzt gleich nichts Gutes und sei hierher geeilt, zunächst Herrn Dieter zu fragen, was denn in aller Welt vorgehe.

„Mir erzählte er damals, Ihre Frau Mutter habe ihm ein klein Drängen und inständiges Drohen das Geld für die Einrichtung gegeben“, sagte Dieter.

Danika schüttelte auf. „Meine Mutter weiß davon gar nichts.“ Die alte Frau befähigte wohl ein kleines Vermögen, das einst den Kindern zugewandt bestimmt sei und zu antwortend Unterhalt, sogar zu einer Unterweisung ausreichte, doch keineswegs um bedeutende Summen gefügt werden könne, ohne über beschriebenen Wohlstand auf Spiel zu setzen. Die Mutter habe auf jede Weise ihre, Danika's, beschäftigte Verbindung mit Egon de Mann zu vermindern, ja zu hindern zu wollen, da sie sich nun einmal in ihren Mann verliebt hatte und ohne ihn mit der Alten nicht sehr gut kam, hätten alle diese Hindernisse nur ihren Trost gestärkt, und sie habe es sich in den Kopf gesetzt, nun erst recht den jungen Mann gegen alle Mahnungen zu widerstreben zu nehmen. Er habe keine baldige Anstellung als bestimmter Beamter, seine Beförderung und weitere Laufbahn in dieser, rasigsten Aussicht gestellt; den Rat der Mutter, diese Ereignisse abzuwarten, habe sie im Vertrauen auf den Bräutigam und auch in ihrer ungebildigen Verliebtheit — sie errödete und wandte den Kopf ab — um keinen Preis befolgen wollen. Sie wuschle sie hochzeit. Die Mutter gab ihr, obgleich getränkt und unerschütterlich, immerhin eine beschriebene monatliche Unterhaltung, denn von dem Gelde, das Egon unregelmäßig nach Hause brachte, auch den beschriebenen Haushalt zu bestreiten, wäre gar nicht und gar unmöglich. Diese geringen Einkünfte ihres Mannes befreite sie, um wenigstens in kleinen Raten die Schuld zu zahlen, die er im Herbst eingezogen.

Über weitere Beiträge zur Einrichtung über künftige Ausgaben durfte sie nicht von der Mutter nicht verlangen, einmal ihre Krankheit abzuwenden ein schweres Geld gekostet. Dieter konnte nicht umhin, zu fragen, ob ihr Gatte nicht doch feinerer als er sich um sie bewerd, ein größeres Vermögen, eine antwortete sie nicht erwartete, aber mit Recht vorausgesetzt habe. (Fortsetzung folgt.)

der heutigen wenigen Eigentümer, sondern auch all denjenigen Volksgenossen, die heute vom Boden getrennt sind! Oder nicht? Als Logiker werden Sie mir hier zustimmen müssen. Ihre trotzdem anders lautende Schlussfolgerung ist die des konterwärtigen Volkstüfers und eines Landbundsapostels.

Der römisch-rechtliche Privateigentumsbegriff am Boden soll nach Ihrer Darstellung „die Grundlage jedes Staatslebens“ sein. Wenn das wirklich wahr wäre, dann würde im Deutschen Reich ein Staatsleben schon lange nicht mehr möglich gewesen sein. Denn die Verhältniszahl der landwirtschaftlichen Bodenprivatigentümer ist ja mit steigender Bevölkerungszahl fortgesetzt kleiner geworden. Sie betrug schon 1907 nur etwa noch den 88. Teil der Gesamtbevölkerung! Aber ein ganz klein wenig Mehrheit steht dennoch in dieser Behauptung. Nämlich: das Staatsbewußtsein und das Gefühl der Volksgemeinschaft, die Vaterlandsliebe und die Vaterlandstreue — alle diese Gefühls- und Bewußtseinswerte werden um so größer, umspannender und beständiger sein, je mehr bei den Volksgenossen das Bewußtsein der Mitbürgerlichkeit am Vaterland und Heimatboden entwickelt ist. Ich darf Sie, Herr von Nichthofen, nur auf die Einrichtung der Fideikomnisse verweisen, die als hohe Standeseinrichtungen heute allerdings nicht mehr rechtlich sind, deren Kerngedanke aber durchaus auch heute noch richtig ist, wenn man ihn auf die gewordenen sozialen Verhältnisse überträgt. Das heißt, wenn der Gedanke des nun fastartigen Gruppenfamilienbesitzes zu dem Gedanken des Volksgemeinschafts ausgesiegt und damit veredelt wird. Das Streben in dieser Richtung ist ein Bestreben sozialer Bodenreform. Hierfür ist der römisch-rechtliche Eigentumsbegriff allerdings unbrauchbar; da muß schon das urgermanische, das urdeutsche Recht in Anwendung gebracht werden. Sie, Herr von Nichthofen, sind sich ja wohl doch immer Ihres echten Deutschtums. Warum verlangen Sie nun in diesem Punkte dem Deutschtum die schuldige Anerkennung? Reden Sie mir ja nicht vor: weil Landwirtschaft, Volk und Vaterland bei deutschem Recht nicht gedeihen können. Die werden zweifellos weit besser gedeihen, als sie beim römischen Recht gedeihen sind! Mein. Sie verlangen in diesem Falle das Deutschtum darum, weil es Ihnen und Ihrer Rasse keine Sonderrechte bringt!

Zum Schluß ein kurze Wort zu Ihrem Anwurf über angebliche Führerqualitäten. Nicht deshalb, weil Sie zweifelnd und von oben herab geringschätzend bemerken, daß ich „vielleicht auf dem Lande aufgewachsen“ bin, habe ich mich in den Kampfreihen der Bodenreform auf vorgezeichneten Posten gestellt. Auch deshalb nicht, weil ich zufällig in Niederösterreich anhängigen alten Bauernfamilie entstamme, deren Angehörige, soweit ich unterrichtet, niemals ihren Rachen vor einem „gnädigen Herrn“ gebeugt haben. Dieser Herkunft verdanke ich nur das leichere Eindringen und die bessere Beherrschung der einschlägigen agrarischen Stoffe, vielleicht auch die nachhaltige Liebe zur Scholle und zu den Bodenfragen und einen Teil meiner Ihnen so sehr unangenehmen Ausdauer und Zähigkeit. Was nicht bloß mich, sondern alle Bodenreformkämpfer für den großen Kampf legitimiert. Ist der Umstand, daß es sich gar nicht um einen Kampf für oder gegen irgend einen Berufsstand handelt, sondern um einen Kampf für die höchsten materiellen und sittlichen Güter des Gesamtvolkes. Soweit die Landwirtschaft und deren Berufsangehörige dabei irgendwie beteiligt sind, müssen sie sich bemühen sein und bleiben und, soweit sie es noch nicht sind, werden, daß ihre Berufsausübung diejenige eines Treuhänders der Volksgemeinschaft darstellt; daß mit den ihnen zuerkannten und geschützten Rechten als einem ihnen verliehenen heiligen Amte, auch die Erfüllung heiliger Pflichten verknüpft ist. Die Erfüllung dieser Pflichten zu erleichtern und zu vervollkommen, ist ein Hauptzweck bodenreformatorischer Maßnahmen. Alle Landlosen und Landarmen — das erlaube ich Ihnen hiermit abnormals — sind an erster Stelle berufen, den Kampf zu führen; dann ihr Land, ihr Boden ist es ja, den die Landreichen mißwirtschaften, dessen deutsches Recht sie (die Landreichen) in römischer Privateigentumsrecht veräußert haben. Zum Zwecke der Wiederherstellung des deutschen Rechts opfern wir sehr gern, Herr von Nichthofen, unsere freien Abends- und Nachmittags- und Sonntags- und Feiertage. Wir können es uns nicht leisten, und wir verzichten es auch, uns irgendwelche für Geld feile Kräfte zu halten, die bereit sind, heute diesem, morgen jenem Herrn und dessen Sache zu dienen, wie man das von manchen unserer gemäßigten und feindseligen Organisationen nicht immer sagen kann.

Zu weiteren Waffengängen gern bereit. Sollten Sie sich künftighin einer größeren Schlichtheit zuwenden, auch mehr auf Krümler verzichten, so würde das wesentlich Ihrem eigenen Nutzen dienen. Das in diesem Punkte mich angeht, so habe ich Ihnen das Notwendige schon eingangs gesagt. Damit abnormals! Gott beschütze!

### Schweres Grubenunglück in Poinisch DS.

Die Poinische Telegraphen-Agentur meldet: Gestern abend ist ein Grubenbrand auf der Redengrube in Domrowagora im Kreise Werdau ausgebrochen. Der Katastrophe sind 23 Bergleute zum Opfer gefallen, fünf werden noch vermißt. Der Brand ist in 170 Meter Tiefe im östlichen Grubenstrecke entzündet. Die ganze Grube ist von dem Feuer infolge Mangel an Hilfsmitteln ergriffen worden. Später stellte es sich heraus, daß die Zahl der Verbrannten eine noch größere sei, jedoch mit 40 Toten zu rechnen ist. Der Brand wütet weiter. Kleiner-Ausmaße zeigen aus dem Schacht auf und zeigen von dem Umfang der Katastrophe. Die Ursache des Unglücks ist darin zu suchen, daß arbeitende Bergleute eine zugemauerte, mit Schlagwettern angefüllte Kammer, bei der Arbeit angefahren haben. Die Grube gehört einer französisch-russischen Gesellschaft.

### Deutschn-polnische Schiedsgericht.

In Warchau hat das auf Grund der Bestimmungen des Versailler Vertrages eingeleitete deutsch-polnische Schiedsgericht zur Regelung der aus Vorkriegsbeziehungen stammenden Vermögensstreitigkeiten zwischen Angehörigen beider Staaten seine Tätigkeit begonnen. Deutschland ist im Schiedsgericht durch Dr. Schulz, Polen durch Professor Kamitkiewicz vertreten.

### Kriegsschiffe auf Abbruch zu verkaufen.

Die amerikanische Regierung gibt bekannt, daß 21 Schlachtschiffe und Kreuzer entsprechend dem Washingtoner Marineabkommen zum Abbruch verkauft werden sollen. Die ersten sechs Schiffe werden am 25. Oktober zum Verkauf angeboten werden.

### Lord Mortley

ist gestorben, einer der Führer des englischen Linksliberalismus, der als Kriegsgegner 1914 sein Ministeramt niederlegte. Er ist der Verfasser hervorragender Geschichtswerke.

## Die Auflösung und das Verbot der „Tatbereitschaft“.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat unterm 12. September auf Grund des § 14, Absatz 2, in Verbindung mit § 7, Ziffer 4, 5 und 6 des Gesetzes zum Schutze der Republik und der Preussischen Verordnung zur Ausführung dieses Gesetzes die Vereinigung „Tatbereitschaft“ und den mit ihr in Verbindung stehenden Königsberger Wander- und Schützengemeinschaft für das Gebiet der Provinz Ostpreußen aufgelöst und verboten. Aus der Begründung teilt der Amtsliche Preussische Regierungspräsident das Folgende mit, woraus sich ergibt, um welche gefährliche Organisation es sich hier handelt.

Nach den von der Königsberger Polizeibehörde getroffenen Ermittlungen war die von dem Landwirt Erich Erdmann in Königsberg gegründete und geleitete „Tatbereitschaft“ eine Vereinigung junger Leute, deren Dasein vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte. Bei der Aufnahme neuer Mitglieder wurde der Versammlungsraum durch ausgestellte Posten vor dem Zutritt Unberufener gesichert. Bei der Vereidigung mußte das neu aufzunehmende Mitglied sich verpflichten, den Anordnungen der „Tatbereitschaft“ durch Einsatz seines Lebens und seiner Person, ohne Rücksicht auf seine Familie, Vermögen, Hab und Gut, Folge zu leisten und gehorliche Verschwiegenheit geloben, auch mußte er erklären, sich der Folgen bewußt zu sein, die ihn infolge eines Verrates zu treffen hätten. Aus den beschlagnahmten Papieren ergibt sich ferner, daß die Vereinigung die Bestrebung verfolgte, die verfassungsmäßig festgestellte republikanische Staatsform des Reiches oder Preußens zu untergraben und an deren Stelle die deutschvölkisch-nationalsozialistische Militärdiktatur zu setzen. Die „Tatbereitschaft“ verfügte auch über Waffen. Unterirdisch ein Gewehr und Maschinengewehr fand in den Privatwohnungen der Mitglieder, Lebrungen in Gräben, Lagern, Anstalten und Zielen mit Gewehren auf den Schießständen des Eriner Forst. Auch wurden Waffen, darunter ein schweres Maschinengewehr, bei den Mitgliedern vorgefunden und beschlagnahmt. Der mit dieser Vereinigung in Verbindung stehende „Wander- und Schützengemeinschaft“ verfolgte nach dem Ergebnis der Ermittlung die gleichen Ziele, insbesondere die waffentechnische Ausbildung seiner Mitglieder.

### Verbot der „Roten Fahne“.

Der Polizeipräsident von Berlin hat gemäß §§ 21 und 17 in Verbindung mit Ziffer 1 des § 3 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juni 1922 das Erheben der „Roten Fahne“ mit ihren sämtlichen Kopfplätzen für die Dauer von zwei Wochen und zwar vom 25. September bis zum 8. Oktober einschließlich verboten. Die Begründung führt eine Reihe öffentlicher Verleumdungen und Beschimpfungen der Reichs- und preussischen Staatsregierung bzw. ihrer Mitglieder auf, die aber nicht etwa nur diese Mitglieder persönlich betreffen, sondern die mittelbar auch die republikanische Staatsform herabwürdigend wirken.

### Wieder ein Zusammenstoß mit Stahlhelmleuten.

Im sächsischen Weiden, nahe an der preussischen Grenze, veranstalteten Stahlhelmleute ohne Genehmigung der Polizei am Sonntag eine Feier. Als die Teilnehmer im geschlossenen Zug nach dem benachbarten Babelsberg marschieren wollten, kam es zu einem Zusammenstoß mit einer proletarischen Hundertkammer. Dabei gab es eine Reihe von schweren und leichteren Verletzungen. Ein Stahlhelmmann ist seinen Verletzungen erlegen. Der Zusammenstoß fand auf preussischem Gebiet statt. Schusspolizei wurde eingesetzt, brauchte jedoch nicht mehr einzugreifen, da die beiden Parteien sich bereits zurückgezogen hatten.

### Ein Erwerbslosenführer in Dresden erschossen.

Nachdem es am Sonnabend bei den Demonstrationen der Erwerbslosen in Dresden wiederholt zu Gewalttätigkeiten und Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war, wobei 25 Personen festgenommen wurden, leiteten die Anführer am Sonntag nachmittag fort. Sie mußten zum Teil von der Polizei gestreut werden. Heute vormittag zog wiederum eine starke Schar von Demonstranten unter Führung des Arbeiters Krenneke durch die Straßen der inneren Stadt nach dem Sternplatz. Unterwegs verhielten sie Geschäftsäden und Banken durch Drohungen zum Schließen zu zwingen. Auf dem Sternplatz trat gegen mittag den Demonstranten ein Polizeiaufgebot entgegen und trieb sie auseinander. Dabei fielen mehrere Schüsse aus der Menge, von denen einer, der offenbar einem Polizeibeamten gegolten hatte, diesem die Hand durchbohrte und Krenneke durch die Brust ging. Die Verletzungen Krennekes sind so schwer, daß er in wenigen Minuten auf der Polizeiwache, wohin er gebracht worden war, verstarb.

## Aus aller Welt.

### Wieder eine Fälschmännerwerkstatt entdeckt.

Mit falschen Geldscheinen zahlten ein Mann und eine Frau, die heute früh in der Zentralmarkthalle bei einem Schmalzgroßhändler einen größeren Kaufabschluß tätigten und mit 69 Tausend-Marktscheinen bezahlten. Während der Kaufmann mit dem Nachzahlen des Geldes beschäftigt war, bemerkte er, daß er falsche Scheine erhalten hatte. Als er seinen Verdacht den Käufern gegenüber äußerte, zogen diese es vor, unter Zurücklassung des falschen Geldes zu verschwinden. Sie wurden verfolgt und mit Hilfe der Polizei festgenommen. Der Mann wurde als der Steindrucker Koch aus der Köpenicker Straße festgestellt. In seiner Wohnung wurden weitere 1200 falsche Tausend-Marktscheine beschlagnahmt. Im Keller des Hauses wurde eine gut eingerichtete Fälscherwerkstatt entdeckt. Außer den falschen Scheinen wurden 800 Tausend-Marktscheine edles Geld beschlagnahmt, die aus dem Erlös der für unedle Scheine gekauften Ware stammten.

### Meuterei in einem Strafgefängnis.

In der Strafanstalt Wartenburg (Ostpr.) meuterten etwa 600 Strafgefangene angeblich wegen schlechter Verpflegung. Sie zerstörten die Inneneinrichtungen und verhielten gewalttätig auszugehen. Die Wärter mußten die Wälle betreten, wobei ein Gefangener getötet und mehrere verletzt wurden. Aus Klattenheim herbeigescholtene Schutzpolizei stellte die Ordnung wieder her.

## Aus Schlefien.

### Die Unruhen in Gleiwitz.

Wie der Amtsliche Preussische Regierungspräsident feststellt, haben sich die Berichte der kommunistischen Presse über Hungerunruhen in Gleiwitz als maßlose Übertreibungen herausgestellt. Es gab am Sonnabend in Gleiwitz eine Kontraktion in der Bevölkerung, weil die Lohnzahlungen sich aus Geldmangel verzögerten. Beabsichtigte Demonstrationen wurden jedoch vom Polizeipräsidenten im Keim erstickt. Dabei ist es auf keinen Fall auch nur annähernd zu solchen Zusammenstößen gekommen, wie behauptet wird. Der Oberpräsident hat sich dorthin begeben, um selbst mit den Arbeitnehmern die vorhandenen Differenzen zu schlichten.

Reichenbach. Eine Wandung bei Sarraani. Das Reichenbacher Tageblatt schreibt: Unser berühmter Strohendorfer Landmann Sarraani hat die „Unfreundlichkeit“ der Reichenbacher in Reife verputzen müssen; denn wegen der Forderung der von ihm noch nicht gedeckten 150 Millionen Mark, die unsere Stadtverwaltung an ihn hatte, sandte man ihn einfach den Gerichtsvollzieher auf den Hals. Und das soll sich ganz draußig abspielen haben. Die Reschmäßigkeit der Forderung war nicht zu verkennen und da wegen der Gefahr des Fortzuges des Unternehmens ins Ausland ein Arrest durchführbar war, der brave Herr Stroh aber nicht die Summe gerade verfügbar hatte, da pfändete der Herr Gerichtsvollzieher. Erst bot man ihm, als einzigen allenfalls entbehrlichen Gegenstand einen — Elefanten an! Nun sage mir einer, was hätten wir Reichenbacher mit Elefanten anfangen sollen? Wo wir selber sonst Dickfelle unter uns haben! Nicht zu machen! Und da sollte sich der Mann mit dem Pfändetel dann einen — Löwen nehmen! Na also, das wäre doch eher schon etwas für uns gewesen. Aber zu einem Zoologischen Garten hätte es eben auch nicht ausgereicht und außerdem, die Bistler frellen zuviel! Ebenfalls denken abgelehnt. Und was übrig blieb? Was allein konnte Sarraani noch einbringen? Bitte, lassen Sie nicht auf den Rücken! Gepfändet ist worden! Gepfändet zum Heil und Segen der schönen Stadt Reichenbach! Aber was? Der — Kofettwagen!

Es wird nicht weiter gesagt, wann Sarraani dann den Wagen „eingelöst“ hat; schwer wird es ihm aber kaum geworden sein, die paar Papierfetzen zu decken. Es hätte wohl genügt, ihn irgendwie daran zu erinnern, aber die Reichenbacher haben eben eine solche Stadtverwaltung.

Schweidnitz. Großer Waffendiebstahl. In einer der letzten Nächte wurde in das Waffenlager der Waffengroßhandlung Kaiser & Krüger ein schwerer Einbruch verübt. Die Einbrecher rissen eines der schweren Fenstergitter aus dem Mauerwerk und drangen in das Lager ein. Dort entwendeten sie einige hundert Revolver und größere Mengen dazugehöriger Munition verschieden Kaliber. Mit der ganzen riesigen Beute entkamen sie unbedeckt. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Polen. Festnahme einer Diebesgesellschaft. Die hiesigen Einwohner wurden seit längerer Zeit durch Diebstähle beunruhigt. Jetzt ist es der hiesigen Polizei gelungen, die ganze Diebesgesellschaft festzunehmen und eine ganze Anzahl der gestohlenen Gegenstände zu beschlagnahmen, u. a. auch die Treibriemen, die in der Controdinthe gestohlen wurden, und ein einem Gutsbesitzer gestohlenen Schwein. Es handelt sich durchweg um junge 12- bis 23-jährige Burschen, die sämtlich in Arbeit stehen. Sie hatten die Diebesbeute in einem unbewohnten Raum untergebracht, wo diese von der Polizei beschlagnahmt wurde.

Schmiedeburg. Die Schmiedeburger Volksbühne hat sich nun ebenfalls konstituiert. Redner in der Versammlung war Genosse Eggert, der Leiter des Schließigen Volksbildungsamtes in Breslau. In der Aussprache empfahl Bürgermeister Kleinert dringend, alle Mobilisierungsbewegungen zu unterlassen, weil bei der Einwohnerzahl Schmiedeburgs zwei Konkurrenzunternehmungen nicht lebensfähig sind. Sämtliche weiteren Redner und Rednerinnen sprachen sich unter Ablehnung aller Gegenströmungen in ähnlichem Sinne einmütig für Schaffung der „Volksbühne“ aus, so daß diese als eingetragener Verein festungsgemäß festzuwerden konnte. Es haben sich bis jetzt bereits 208 Mitglieder gemeldet, doch erscheint es notwendig, die Zahl auf circa 400 zu erhöhen. Zur weiteren Werbung soll ein Dichtersabend (Göns, Raabe, Schiller) oder dergleichen veranstaltet werden.

Liebau. In der Mitgliederversammlung der Freireligiösen Gemeinde wurde der Antrag gestellt, an den Magistrat heranzutreten mit der Forderung der Schaffung eines Kommunalfriedhofes. In diesem Zwecks werden in den nächsten Tagen Listen in den Betrieben herumgegeben, um durch Namensunterzeichnung zu zeigen, daß auch in Liebau ein Kommunalfriedhof notwendig ist, um bei Todesfällen der kirchlichen „Toleranz“ zu entgehen, der diejenigen ausgesetzt sind, die eine freie Weltanschauung mit der Kirche gebrochen und den Dogmen glauben abgelegt haben.

Penzig. Die kommunistischen Kinder. Zug da ein Trupp der kommunistischen Jugendinternationale zum Bahnhof und verurteilte seine geringe Mitgliederzahl durch starkes Umgewandeln und Umlenkens zu vergrößern. Ein Lied, was da gelungen wurde, war sehr schön; es lautete im Schlußreim: „Wir zielen nach München ein und wollen Max Högl bekriegen“. Müllig scheint die junge Garde von Moskau doch zu sein, wie aus diesem Gesang herzuergibt, aber abgesehen von dem teuren Fahrgebid würde ihnen der Einzug nach München, da Högl ja gar nicht in München, sondern in Breslau sitzt, nichts nützen. Doch es steht nun einmal so im Lied und wird also auch gelungen. Wers nicht glaubt, ist ein Verräter.

Görlitz. Mord. Im Hause Mittelstraße 18 wurde am Sonnabend nachmittag gegen 3 Uhr die 23-jährige Arbeiterin Maria Bräuner von ihrem Bruder ermordet aufgefunden. Die äußeren Umstände lassen auf Mord durch Erwürgen schließen. Nach dem ärztlichen Befund ist der Mord in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend passiert. Der Tat dringend verdächtig ist der Gefährte der Bräuner. Die Untersuchung leitens der Staatsanwaltschaft ist eingeleitet.

Tarnowitz. In einem hiesigen Sägewerk begab sich der zwei- unddreißigjährige Arbeiter Klose aus Neuthen unter das Sägewerk, um die Maschine zu ölen. Währenddessen gab der Maschinist Dampf, und das Gatter setzte sich in Bewegung. Der Arbeiter wurde von der Maschine erfasst und ihm sämtliche Rippen und Knochen zerstreut, so daß nur blutige Luchsen und Lederreste aus dem Gatter auszufließen wurden.

Gleiwitz. Der 17 Jahre alte Werkslehrling Paul Jurek entfernte sich mit einer jedenfalls verrosteten Zange einen Zahn und zündete sich hierauf eine Zigarette an. Kurze Zeit darauf schloß das Gesicht derartig an, daß die Unterbringung im Krankenhaus erfolgen mußte, wo schwere Blutvergiftung festgestellt wurde, an der der junge Mann starb.

## Sie kennen Feurio nicht?

Dann fragen Sie Ihre Nachbarn, die sagt Ihnen, daß Feurio Haushaltshilfe mit 60% fast die hochwertigste und sparsamste ist.

Vertriebt Feuriofabriken Stuttgart A.G.

# FEURIO

**Familien-Anzeigen**

Am 22. September verstarb nach langem, schwerem Leiden, der **Drohbermeister**  
**Herr Paul Langer**  
im Alter von 66 Jahren.  
Ueber 35 Jahre war er uns ein wohlwollender Vorgesetzter, dessen Andenken stets in Ehren halten wird.  
Breslau, den 24. September 1923  
**Die gesamte Belegschaft in Firma Hydrometer A.-G.**  
Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Komm. malfriederhofes, Grabschen.

Am 21. September verschied nach langem Leiden, fern von den Seinen, mein lieber Mann, unser guter Vater, der **Formier**  
**Wilhelm Eckelt**  
im Alter von 53 Jahren.  
Um stillen Beifall bittet  
**Maria Eckelt geb. Kahnerl**  
nebst Kindern und Anverwandten.  
Beerdigung: Dienstag, den 25. September, nachmittags 2 Uhr, in Branitz OS.  
Trauerhaus: Brandenburger Straße 13, R.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Am Freitag, den 21. September, verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Formier**  
**Wilhelm Eckelt**  
im Alter von 53 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.**  
Beerdigung: Dienstag, den 25. September, 2 Uhr, in Branitz OS.

Am 23. September, nachmittags 6 1/2 Uhr, verstarb unser wertiger Mitglid  
**Josef Kluger**  
im Alter von 62 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Schärpenkasse Gaswerk IV.**  
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhaus Rothbetscham No. 5 nach Kl.-Tschansch.

**Der Radfahrer**  
der am 10. August d. J. s. m. 12 Uhr und 15 Minuten, Saugzenträge, Güte Laichenträge mit einer Frau ein Fahrradunglück hatte, bittet Angehörige, unter Erwartung angemessener Unkostenrechnung, sich zu melden unter St. 284 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

**Bekanntmachung**  
des Wertes der Natural- und Sachbezüge bei Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn.

Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge für die Bemessung des Steuerabzugs vom Arbeitslohn wird für den ganzen Betrag des Landesjahreseinkommens Breslau mit Wirkung vom 16. September 1923 bis auf weiteres, wie folgt festgelegt:

- I. Wert der freien Station einchl. freier Wohnung nebst Heizung und Beleuchtung gleichmäßig für Stadt und Land je Person nach der Stellung des Herrn Mieters:
  - a) für weibliche Hausangestellte, Schreinere, Lehrlinge und sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte (s. B. Köche), sowie jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren
    - monatlich . . . 28 800 000 M.
    - jährlich . . . 6 648 000
  - b) für männliche Hausangestellte, Anecker, männliche und weibliche Gemeinbedienten und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen,
    - monatlich . . . 38 400 000 M.
    - jährlich . . . 9 580 000
  - c) für Angestellte höherer Ordnung (s. B. Beamte, Arbeiter, Buchhalter, Hausbuben, Geschäftsführer, Buchmeister, Gasinspektoren)
    - monatlich . . . 48 000 000 M.
    - jährlich . . . 11 076 000

Freie Station (ohne Wohnung, Heizung und Beleuchtung 1/2 der unter a) bis c) bezeichneten Höhe.

II. Natural- und Sachbezüge, wie Nebenmaterial, ständige Verpflegung von Auswärtsreisenden, Gewährung von freier Wohnung, sind nach dem ordentlichen Mietspreisen anzusetzen. Soweit Bezüge zum Anfall von Vergütung oder ähnlichem bezahlte sind, sind die Berücksichtigung dem Bezahler freizustellen.

Eine besondere Bemessung der Beleuchtung hat nur zu erfolgen, falls freie Beleuchtung gewährt wird.

III. Ein- und Auszahlungen und Rückzahlungen (Verbüßen) Lohn- oder Privatstrafe abgezogen, nach denen höher bezahlte Natural- und Sachbezüge zu leisten sind, als unter I. II. festgelegt, so sind die Höhe der Beiträge maßgebend.

Breslau, den 18. September 1923.  
Landesfinanzamt  
Abteilung für Besteuerung und Verrechnungen

**Gold-, Silber-, Platin-**  
Brosch - Gebraucht kauft zu höchsten Tagespreisen  
**Georg Langer, Goldschmied**  
Ecke Lohse! Neue Tschischstraße 23, 2. E. Lohse!  
2. Meider von Hauptbahnhof, neben der Schenkung.

**Stadttheater.**  
Dienstag 7 Uhr:  
**Zannhäuser.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Die Hofjane.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**Gibellio.**

**Schauspielhaus.**  
Operettenbühne. Tel. 914/2543  
Dienstag 7 1/2 Uhr:  
**Schauspiel Edith Karin Die Kaiserin.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Schauspiel Edith Karin Madame Pompadour.**  
Donnerstag 7 1/2 Uhr:  
**Schauspiel Edith Karin Der letzte Walzer.**  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Gehtes Schauspiel Edith Karin Katja, die Tänzerin.**  
Samstag 7 1/2 Uhr:  
**Jun 1. Teil: Der Gauflertönig.**  
Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr:  
**Die Förster-Christel.**  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
**Der Gauflertönig.**

**Thalia-Theater**  
Telefon Ring 6769  
Heute 7 1/2 Uhr:  
**Die Sache mit Loid**  
mit 2465  
**Ludwig Stössel.**  
Mittwoch 7 1/2 Uhr:  
**Wittis Frau**

**Erster Ostendabend**  
Donnerstag, 21. Sept., 7 1/2 Uhr  
**Otto Bosshard**  
Karten b. Hübner u. Abendk.

**Nur Dienstag bis Montag!**  
Fürstenstraße 32 an der Piasenstraße  
Der große Sensationsfilm:  
**Eddie Polo**  
in:  
**Der Zirkuskönig**  
Im Rahmen des Gesetzes. Der Raucher des Todes. Der Freischützer von Kaffirien.  
Der Graf von Monte Christo nach dem bekannten Roman von Alexander Dumas. Der Schatz von Monte Christo. Eroberungen in Paris.

**Fridericus Rex**  
4. Teil: Schicksals Wende.  
Die in sich verständlich abgeschlossene Handlung überträgt alle anderen Teile. Fesselnde Kriegsbilder.  
Historische Salontafelbilder.  
Vorstellung des Theaters-Orchesters

**SARRASANI**  
Hauptplatz. Tel. 1110. Opernklasse ab 10 Uhr ohne Pause geöffnet, Vorverkauf auch bei Sarasch.  
Dienstag 7,15 Uhr: Gala-Abend.  
Mittwoch: Letzte Vorstellung

**Jupiter-Lichtspiele**  
Westendstraße 50-52  
Nur Dienstag bis Donnerstag!  
Film-Operetten-Gastspiel  
**Das Dreimäderlhaus**  
Musik von Schubert.  
Unter persönlicher Mitwirkung erster Operetten-Kräfte der Komischen Oper Berlin.  
Ferner unser bekanntes Beiprogramm.  
Großes Orchester. Lit. Kapellmeister P. Beloch.

**Wartburg-Lichtspiele**  
Gräbchenstraße 94 a.  
Der gewaltigste Sensations-Abenteurerfilm  
**Unter den Goldgräbern aus Dawson City**  
oder: Die Spelunken von Dawson City.  
Ferner der italienische Sittenschlager:  
**Das Schicksal einer Verführten.**

**LUNAPARK-FESTSÄLE**  
Direktion: Schickelmann  
Sonntag: Vornehmer Ball.  
Dienstag: Die 8 Jodeler  
Donnerstag: 2 Kapellen. Wiener Schrammelmusik.  
An den anderen Tagen: Vereinsvergügen.

**Der wahre Wert**  
eines Seifenpulvers liegt in seiner schlagenden Zusammenlegung - Seifenpulver und Seifenpulver ist ein großer Unterschied! Es liegt auf der Hand, daß minderwertige Ersatzstoffe der Wäsche nicht nützlich sind.  
**Dirin**  
Denks' beliebtes Seifenpulver ist ein Seifenpulver von großer Ergiebigkeit u. hervorragender Waschwirkung. Seine Verwendung sichert sorgfältige Behandlung der Wäsche und  
**billiges Waschen**

**Der Gaspreis**  
Der in Folge des Sinkens des Rohgaspreises auf 8 100 000 Mark für das am 1. September 1923 beginnende Rechnungsjahr von 25. September ab mit 9 100 000 Mark für das Jahr abgeben.  
Städtische Betriebsverwaltung.

**Städtisches Notgeld.**  
Wir werden demnächst Guthabene über 20 Millionen Mark in den Verkehr bringen. Sie sind 9 x 6,5 cm groß und auf Karton mit dem Notgeldzeichen M und angehängtem B zweifach bedruckt.  
Beschreibung: Vorderseite dreifarbig, hinten einfarbig in heller Mischung vornehmend, Randlinien rot mit, links Monogramm, Nummerierung rot vor der rechten roten Randlinie, in der Mitte des Scheines ein aufgesetztes großes lateinisches W. Schriftzug schwarz. An dem Randumrandet sich gegen die bisher umlaufenden Guthabene nur der Wertbetrag und das Datum, bei dem für August - September mit. Rückseite: Zweiseitig, mit zentralen blauen Streifen ähnlich der Vorderseite, mit seitlichen weißen Randstreifen. Wertangabe in Ziffern mit Buchstaben schwarz.  
Wir bitten, der Einnahme und dem Umlauf keine Schwierigkeiten zu bereiten.

**Bei Lungen- und Asthmaleiden.**  
Tuberkulose mit Mastdarmkreuz, Husten, Grippe, Halsentzündung, Bronchitis, Nervenleiden, Rheuma, Gicht, Herz-Kreislauferkrankungen, Nervenleiden, Nervenleiden (ges. gesch.) in jeder Zeit überwindlich. Hilfe. Aerzt. u. groß. kretische erprobte u. bewährte. Tausende beglückte. Anerkennungs schreiben. Preis: 10,-. Fern. post. Fern. exp. liq. 2,-. Extr. Mail. 2,-. In Breslau C. u. haben: Stern-Apothek und Goethe-Apothek. - Aftershersteller: Nymphenburg-Werk, München-Nymphenburg 58/57.

**Liebig-Theater**  
**Willy Prager**  
und das große  
**Septenherzprogramm**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Kaus Sensationen  
in Gastspiel  
**Erik Jan Narissson**  
u. **Martha Farra**  
u. a. - 2464  
**Mertha Farra**  
der unerschütterliche Mensch  
das größte  
Tagesgespräch  
und weiter  
**10 Attraktionen.**  
Benutzen Sie  
den Vorverkauf.

**Dr. med. Hausmann**  
Spezialarzt für Brustleiden  
**Bitte**  
bei allen Einkäufen  
steis die Inserenten  
unserer Zeitung zu  
berücksichtigen.  
**Störungen**  
Wenden Sie sich sofort bei  
Störungen  
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Ergebnisse. In Präparaten. Viele freimüthige Zeugnisse. Bitte freimüthig schreiben. Frau Dr. med. Hausmann  
Heute habe ich mit mir selbst und morgen trat der Erfolg. Sämtliche Frauenartikel. Bestimmungsmittel. Zustimmt gegen Rückporto.  
**Frau M. Böhm, Breslau II.**  
Gräbchenstr. 9, 2. Etage, Hauptbahnhof.

**Ober-Bayern**  
Gartenstraße 63.  
Täglich:  
**Dr. Konzert**

**Sportanzige Sportthosen Sportjoppen**  
eigener Anfertigung, daher sehr preiswert.  
**U. Dehmel, Neumarkt 45.**

**Parteitkreunde**  
kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafes steis die  
**Volkswohl**

**Breslau, im September 1923.**  
Die Trennung und Gutschrift der Zinsscheine von inländischen festverzinslichen Wertpapieren verursacht den Banken in steigendem Maße Unkosten, welche in keinem Verhältnis mehr zu dem Objekt stehen und in den meisten Fällen den Betrag der Zinsscheine übersteigen. Um nun die aus der Verwahrung festverzinslicher Wertpapiere entstehenden Unkosten auf das unbedingt notwendige Maß einzuschränken, haben sich die Mitglieder der unterzeichneten Vereinigungen gezwungen, die Trennung der Zinsscheine von inländischen festverzinslichen Wertpapieren bis auf weiteres einzustellen.  
Diese Trennung der Zinsscheine wird nur bei einem Verkauf der Stücke vorgenommen. Auf festverzinsliche Werte neuerer Ausgaben, welche mit einem variablen Zinssatz (z. B. Anleihen an den Diskontsatz der Reichsbank) ausgestattet sind, und werblich angebotene Anleihen erstreckt sich diese Notmaßnahme nicht.  
Angebotene bzw. gekündigte Wertpapiere werden bis auf weiteres 1927 zur Einlösung gebracht.

**Kleine Anzeigen**  
in der Volkswohl sind billig und erfolgreich

**Bruchstücke**  
können nach bewährter Methode ohne Operation und Verunstaltung geheilt werden. Tausende in Breslau, Hotel Germania (am Hauptbahnhof) am Sonnabend, den 23. September, von 9-11 Uhr.

**Störungen**  
Wenden Sie sich sofort bei Störungen  
nur an mich. Langjährige Erfahrung. Glänzende Ergebnisse. In Präparaten. Viele freimüthige Zeugnisse. Bitte freimüthig schreiben. Frau Dr. med. Hausmann  
Heute habe ich mit mir selbst und morgen trat der Erfolg. Sämtliche Frauenartikel. Bestimmungsmittel. Zustimmt gegen Rückporto.  
**Frau M. Böhm, Breslau II.**  
Gräbchenstr. 9, 2. Etage, Hauptbahnhof.

**Säcke**  
kauft zu hohen Preisen  
**Boy & Co.**  
Düppelstraße 1  
Tel. 6346.

**Sutterreife!**  
Guten, zarten, köstlichen, weichen, Hermselkutter, Semdentische, Serge Stoff jetzt höchste Preise, mehr wie die Konkurrenz! Kauf auch Original!  
**Fran Frida Linwert** Seinenstraße 12, 10, 20a.

**Gäcke**  
neu und gebraucht, kauft  
**Breslauer Gäcke-Haus**  
Boßstraße 1.  
Telephon 616 6765.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 25. September.

Vereinigte Sozialdemokratische Partei.

Mittwoch, den 26. September, abends 7 1/2 Uhr, findet die Genossin Frau Landtagsabgeordnete Marie Kunert, eine sehr gute Rednerin, im Gewerkschaftshaus, in einer Frauenversammlung über das hochaktuelle Thema: „Kassenelend und Gebärzwang“.

Da der Raum, der uns zur Verfügung steht, sehr beschränkt ist, haben zu dieser Versammlung nur Frauen Zutritt. Männer nur soweit Platz vorhanden.

Zur Deduktion der Unkosten wird ein Eintrittsgeld von 100 000 Wfl. erhoben. Parteigenossinnen, die arbeitslos oder in sonstigen düsternen Verhältnissen sind, Witwen usw. haben nach Ausweis mit dem Parteimitgliedsbuch freien Zutritt.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Mittwoch, den 20. September, nach unserer ersten Veranstaltung: Sitzung wegen der Weiterführung unseres Programms.

Stadtverordnetenversammlung.

Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten stand in Anbetracht der Wichtigkeit einer Vorlage unter dem Zeichen eines großen Tages. Den größten Teil der Sitzung füllten die Beratungen über die vom Magistrat beantragte Kost- und Sachmaßnahmen aus, die geeignet sein sollen, dem ärmeren Teil der Bevölkerung über die Not des Winters hinwegzuhelfen.

Vor der Beratung über die diesbezüglichen Vorlagen wurde eine Reihe anderer Anträge ohne Debatte angenommen. Von besonderem Interesse waren zunächst die Ausführungen des Stadtverordneten Genossen Widera über das ungeheure Anstehen der Beerdigungskosten.

Den Ausgangspunkt dazu bildete eine Magistratsvorlage, nach der eine Minderung des bisherigen Bestehens bei der Beerdigung der Grabstellengebühren eintreten soll. An der Hand von zahlreichem Material wies Genosse Widera nach, daß bei Ausführung der Magistratsvorlage ein Arbeitnehmer, der ein Einkommen nach Gruppe VI bezieht, weit über eine Million zahlen für die Grabstelle zahlen müßte. Die Gesamtkosten einer Beerdigung betragen nunmehr nach vorstehender Schätzung bei einem Einkommen nach Gruppe VI etwa 3,1 Millionen, bei einem solchen nach Gruppe VIII 3,7 Millionen. Bei der Darstellung dieser ungeheuerlichen Zustände streifte der Berichterstatter das immer noch nicht bestrittene Vorrecht der Kirchen, 15 Prozent der Gebühren für sich einzubehalten. Ferner forderte Genosse Widera die Erhebung der Gebühren von einer Zentalfuß aus, sowie aus sozialen und sanitären Gründen Ermäßigung der Gebühren für Leichenhallenbenutzung. Eine bei dieser Gelegenheit wiederholte Mahnung an den Magistrat, den Krematoriumsbau zu unterstützen, genügt, um die Zensurverbreiter auf den Plan zu rufen. Nach einigen zufälligen Ausführungen des Magistratsverwalters wurde schließlich ein Änderungsantrag, der die sozialen Härten der Magistratsvorlage vermindert, angenommen.

Nunmehr standen eine Reihe wichtiger Kostsachmaßnahmen zur Beratung. Ein Dringlichkeitsantrag aus der Mitte der Stadtverordnetenversammlung fordert die sofortige Einrichtung von Massenpeisungen, sowie die Öffnung von geheizten und beleuchteten Räumen bei Eintritt der kalten Jahreszeit.

Mit warmherzigen Worten begründete Stadtd. Frau Ellenborn diesen Antrag. Sie bekräftigt unter anderem auch die Ausgabe von Speckmarken in weitestem Umfange. Zur Milderung der Not der Erwerbslosen ist an verbilligte Ausgabe von Lebensmitteln gedacht. Eine Magistratsvorlage, die für Kostsachmaßnahmen 620 000 Goldmark vorseht, wird vom Stadtd. Genossen Frey begründet. Genosse Frey gedachte hierbei besonders auch der Not der freien Berufe

und der Kleingewerbetreibenden, wodurch das Gebiet der Wohlfahrtspflege ungeheuer erweitert worden ist.

Hierbei nahm auch Oberbürgermeister Dr. Wagner das Wort zu einigen eindrucksvollen Ausführungen. Er appellierte an die Pflicht der Bürgerschaft, für die Armen und Nerven zu sorgen. Jeder einzelne müsse für die Not des Nächsten einsehen. In unerhörtem Gegensatz zu dieser sittlichen Pflicht stehe besonders das unsoziale Verhalten der Breslauer Weiskerei,

das der Oberbürgermeister mit den schärfsten Worten verurteilte. Die Weiskerei hat der Stadt Breslau die Freimilch für Kostsachmaßnahmen entzogen, weil ihr der Oberpräsident nicht die Genehmigung gab, ihre Butter aus der Provinz auszuführen. Auch nach dem Oberbürgermeister Dr. Wagner Stellung gegen die Auswüchse der Straßenspekulation. Die Deutungsfrage für die Kosten der Kostsachmaßnahmen sei besonders schwierig. Durch den Beschluß, durch Einschlag von Holz- und Brennholz aus den städtischen Forsten Mittel bereitzustellen, sei zum ersten Male ein Eingriff in die Substanz der Stadt geplant.

Stadtd. Genosse Polke weist zahlenmäßig das Anstehen der Arbeitslosigkeit und der Kurzarbeit nach. Er kritisiert das rigorose Vorgehen einzelner Unternehmen, insbesondere auch das in sozialer und volkswirtschaftlicher Beziehung verwerfliche Verhalten des alten Breslauer Konsumvereins gegenüber seinen Angestellten. Der alte Breslauer Konsumverein zwingt seinen Bäckern Kurzarbeit auf, obwohl genügend Beschäftigung vorhanden ist, und in den Verkaufsstellen täglich bis 10 000 Brote fehlen.

Der deutschnationalen Stadtd. Dr. Friedrich glaubt, das Verhalten sämtlicher Arbeitgeber in Schutz nehmen zu müssen und polemisiert gegen einzelne Ausführungen des Oberbürgermeisters, wobei er sich bei diesem allerdings eine scharfe Abfuhr holt.

Nach weiteren — zum Teil recht überflüssigen — Bemerkungen einzelner bürgerlicher Vertreter wird der Antrag bezüglich der Bereitstellung von Mitteln zu den Kostsachmaßnahmen angenommen und der von Frau Ellenborn begründete Dringlichkeitsantrag, betreffend Einrichtung von Massenpeisungen usw., an die Ausschüsse II und VI überwiesen.

Mit vielen Klagen aufgenommen wurde die Magistratsvorlage einer Getränkesteuer-Ordung, durch die in Breslau nunmehr 5 Prozent Steuer auf Bier und Wein und 15 Prozent auf Schnaps und Schaumwein erhoben werden. Der Stadtd. Kämmerer betont, daß diese Steuer viel gerechtfertigter ist als die unsoziale Gassteuer. Schließlich wurde diese Vorlage mit einem Zusatzantrag gegen wenige Stimmen angenommen.

Ferner wurden folgende Dringlichkeitsanträge angenommen: Erhebung von werblich-rechtlichen Gebühren für die Verwaltung des Marktwesens, Bewilligung von 65 Millionen zur Ausführung von weiteren Kostsacharbeiten.

An den Ausschuss II überwiesen wurde ein weiterer Dringlichkeitsantrag betreffend Zustimmung zu dem Entwurf zu einer Vergütungssteuerordnung für den Stadtbezirk Breslau.

Schluß der öffentlichen Sitzung 11 1/2 Uhr. Es folgte eine geheime Sitzung der Stadtverordneten.

Bruno Geiser.

Zwölfundzwanzig Jahre sind heute verfloßen, seit Bruno Geiser nach längerem Leiden im Alter von 52 Jahren verstarb. Einer der eifrigsten Förderer der sozialistischen Bewegung ging mit ihm dahin. Als Sohn eines Breslauer Magistratssekretärs hier geboren, wandte er sich schon als Jüngling der Sozialdemokratischen Partei zu. Mit Gleichmut ertrug er ebenso den Spott, mit dem das „gebildete“ Bürgertum der vierziger Jahre die Führer unserer Bewegung behachte, wie später die gerichtlichen Verfolgungen, die ihm reichlich 1 1/2 Jahre Gefängnis eingebracht haben. Geiser hat unsere Bewegung in Breslau und Schlefien ganz erheblich gefördert. Er war mehrfach Delegierter auf Parteikonferenzen, auch Vertrauensmann der Arbeiter beim großen Waldenburger Bergmannsausschuss im Jahre 1869. Von der Mitte der vierziger Jahre ab war er dann längere Zeit auswärts. Erst in München als Redakteur des „Zeitgeist“, dann leitete er den „Volkswacht“ in Leipzig, und 1881 wurde er in Chemnitz in den Reichstag gewählt. 1884 behauptete er das Mandat, verlor es aber bei den Wahlen von 1887. Die „Volkswacht“ zählte ihn dann seit ihrem Bestehen zu ihren ständigen und geschätzten Mitarbeitern. Verheiratet war er mit

Alice Diecknecht, der Tochter unseres alten Parteiveteranen Wilhelm Diecknecht.

Zu seiner Beerdigung bewegte sich ein großer Trauerzug vom Sterbehause Fürstenstraße 14/16 nach dem Dsowiger Friedhof. Groß war die Zahl der Kränze mit breiten roten Schleißen, die ihm gewidmet waren. Vor dem Trauerhause war der Polizeioberinspektor Neumann damit beschäftigt, die Inschriften der Schleißen auf ihre Staatsgefährlichkeit zu untersuchen. Schleißen, die Worte wie Freiheit und Recht, Arbeiterbewegung, Mitkämpfer und dergleichen enthielten, mußten zusammengepackt werden, so daß es unmöglich war, diese Inschriften noch zu lesen. Die klaffende Begründung dieser obrigkeitlichen Maßregel lautete: Alles, was über das Maß des Gewöhnlichen hinausgeht, ist nicht gestattet.

Bruno Geiser war eben im ganzen kein „Gewöhnlicher“ gewesen, und im alten Militär- und Polizeistaat waren Tressen am Kopf die einzig erlaubte Auszeichnung der „Ungewöhnlichen“. Bei der späteren Entzifferung des Denksteins wurde eine etwaige Gedenkrede ebenfalls von vornherein verboten, doch Bruno Geiser sprach auch nach seinem Tode durch seine Schriften noch lange zur deutschen und besonders zur Breslauer Arbeiterschaft. Er spricht auch heute noch mit jedem, der in unserer Zentralbibliothek nach ihm fragt.

Ärzte und Krankenkasse.

Zu unserem Bericht über eine Sitzung von Vorstand und Ausschuss der Breslauer Ortskrankenkasse in der Nummer vom 17. September wird uns vom Verein der Kassenärzte geschrieben:

Die Tendenz des Artikels geht dahin, daß die schlechte Gelde der Krankenkassen in erster Linie durch die Forderungen der Ärzte und die zu große Anzahl der bei der Kasse beschäftigten Ärzte bedingt ist. Die Ärzte fordern heute 80 Pf. geltende „Zugabe“, hat Herr Verwaltungsdirektor Kirchhoff ausgeführt; es dürfte ihm doch wohl bekannt sein, daß dies nicht die Forderung der Ärzteschaft darstellt, sondern eine Festsetzung des preussischen Ministeriums für die preussische Gebietskrankenkassen-Ordnung der Ärzte ist. Man wird auch tatsächlich diese Summe für eine ärztliche Vergütung nicht in dem Augenblick als unangemessen erklären können, in welchem etwa 20 Untersuchungen der Kassenpatienten der Arzt vornehmen muß, bis er in der Lage ist, einen Zentner Kohle von dem Verdienten sich kaufen zu können — wenn er nämlich dies Honorar sofort in die Hand bekäme. Dies ist aber nicht der Fall; die Breslauer Betriebskrankenkassen sind wohl bisher immer mit ihren Zahlungen im wesentlichen auf dem Laufenden gewesen, so daß die Ärzte mit etwa achtstündiger Verzögerung ihr Geld bekommen konnten. Bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse haben die Ärzte aber wohl doch ein Recht, sich über ungenügende Bezahlung durch den Kassenvorstand zu beklagen, wenn man berichtet, daß die Allgemeine Ortskrankenkasse für die Zeit bis zum 26. September den Ärzten rund 500 Millionen etwa gezahlt hat. In den letzten 12 Tagen im ganzen 15 Millionen etwa gezahlt hat. Die Ortskrankenkasse glaubt mit 100 Ärzten sparsamer wirtschaften zu können; ob wohl 100 Ärzte mit diesen 15 Millionen als Honorar für zwei Wochen zufrieden gewesen dieser 100 Ärzte in der gleichen Zeit etwa 100 Millionen zu bezahlen haben, welche die Stadt reichlich sofort einzutreiben versteht, für sein und seiner Familie Lebensunterhalt wäre also nicht allzuviel geblieben. Ueberhaupt: Mit welchem Recht behauptet die Kasse, durch die Zahl der Ärzte belastet zu sein, da die Ärzte doch von ihr nach einer Kopfpaulschale bezahlt werden und vieles von der Zahl der Ärzte abhängig ist? Etwas die freie Arztwahl eingeführt wurde, wurden die von der Ortskrankenkasse festgestellten Ärzte genau in der gleichen Weise von der Kasse bezahlt. Wie sich die Ausgaben der Ortskrankenkasse verhalten, ist es stets strikt ablehnen, Vertretern der Ärzteschaft Einstich in ihre Bücher zu gewähren. Immerhin ist es auffällig, daß noch zur selben Zeit als die Ortskrankenkasse Breslau behauptet, 30%, und mehr allein an Honorar ausgeben zu müssen, die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin nach ihrem Jahresbericht für 1922 nur 10,95% ihrer Einnahmen für ärztliches Honorar verbraucht hat, dagegen über 25% für persönliche Verwaltungskosten. Jeder Arbeitgeber läßt seine Leute kurz arbeiten, sagt der erwähnte Artikel, er sucht die Gesamtsumme seiner Lohnzahlungen auf möglichst viele seiner Arbeiter zu verteilen, um jedem eine bescheidene Ergütung zu gewähren; das machen die Ärzte bei freier

Schmied und Näherin.

Kling' mein Hammer, Schlag auf Schlag! Ob sie mich wohl leiden mag? Ist, was fernher ratternd spricht, ihre Nähmaschine nicht? Muß, genau wie ich, sich mühen, Wenn die Welt sie bunt vom Blüh'n! Schlag auf Schlag, so klirrt's bei mir... Stich auf Stich, so helkt's bei ihr... Seid' hat uns des Schicksals Hand in ein hartes Joch gespannt, — beiden aber brach es nicht Frohsinn, Kraft und Zuversicht! Ob sie mich wohl leiden mag? Kling' mein Hammer, Schlag auf Schlag!

Eine Million deutscher Kinder zum Tode verurteilt.

Vor wenigen Wochen wurde von durchaus ernst zu nehmender Seite die Forderung erhoben, alle verkrüppelten, blinden, epileptischen, schwindsüchtigen und sonst schwerkranken Kinder in Deutschland gleich nach der Geburt zu töten, um — die Nahrung zu sparen. Es handelt sich um nicht weniger als etwa eine Million deutscher Kinder, denen hier „aus Mangel an Nahrungsmitteln“ das Todesurteil gesprochen werden soll. Das deutsche Volk trinkt und seine Kinder verhungern. In Deutschland wird täglich so viel Getreide verbraucht, daß von derselben Menge 40 Millionen Scheiben Brot hergestellt werden, daß alle Schulkiner täglich vier bis sechs Scheiben Brot essen könnten. 1926 bis 1923 wurden in Deutschland, nach Kalorien berechnet, 10 mal so viel Nahrungsmittel zu Bier verbraucht, als die amerikanische Kinderbevölkerung der Quäler an Nahrungsmitteln nach Deutschland gebracht hat. Uebrigens hört diese Quälerpeinung mehr und mehr auf, weil die Sammlungsstätigkeit der Quäler in Amerika ungedeuhert erschwert, ja unmöglich gemacht wird, solange das deutsche Volk die Nahrung seiner Kinder in derartig Weise vergeudet. Trotz der Nahrungsmittelnot wird bei uns heute mehr Schnaps hergestellt als in Friedenszeiten. Von der vorläufigen Kartellkarte wurden laut Verfügung des Reichsernährungs-

ministers 20 Prozent über den Friedenskonsum zu Schnaps verbannt. Und da wundert sich unsere Hausfrau und Mutter, daß wir trotz der glänzenden Kartellkarte wochenlang ohne Kartoffeln waren! Im vergangenen Jahre hat Deutschland 200 Millionen Mark verbrannt (bei einem Dollarstand von höchstens 6000). In einem früheren Hotel wurde erklärt, daß jetzt an einem Abend so viel starke alkoholische Getränke, und zwar in erster Linie an Jugendliche, ausgeschenkt werden, wie sonst in einem Monat.

Dabei sind unsere Gefängnisse überfüllt. Von den Gefängnisinsassen stehen 70—80 Prozent im Alter von 18—25 Jahren, und 75—90 Prozent der Verbrechen geschehen in der Trunkenheit.

An den Osterfeiertagen haben in Berlin 19 Menschen Selbstmord begangen, weil sie nicht mehr ihre Nahrung bezahlen konnten, und die Zahl der Gasvergiftungen aus dem gleichen Grunde in Berlin ist so groß, daß die Presse sie gar nicht mehr veröffentlicht.

In einem Teil Deutschlands ist die Sterblichkeit der Säuglinge im Alter bis zu 5 Monaten von 12,5 auf 18,5 Prozent gestiegen, weil die Säuglinge und deren Mütter nicht genügend ernährt werden können. Und in Bayern, das auf seinen Bierkonsum so stolz ist, sterben von hundert Lebendgeborenen eben infolge des starken Alkoholverbrauchs 30 in den ersten fünf Monaten.

Die kommende Generation ist unterernährt, das heißt, sie hat fränke Knochen, schlechtes Blut und ist arbeitsunfähig. Die deutsche Jugend ist unterernährt, weil das deutsche Volk trotz aller Lebensmittelnot am meisten von allen Völkern trinkt. Dafür bezeugt uns auch das Ausland mit dem Ehrentitel Saufrepublik (schon Luther sagte bekanntlich: der Teufel der Deutschen heißt Saut).

Nach Clemenceau gibt es 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt, und ohne diese 20 Millionen nicht vernichtet seien, müßte die Welt nicht zur Ruhe kommen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist jedes Mittel recht. Also ruft man auch den Teufel der Deutschen zu Hilfe: § 203 des Versailleser Friedensvertrages verpflichtet Deutschland, eine bestimmte Menge Alkohol aus den Entente-Ländern einzuführen. Diese Verpflichtung wurde Deutschland von Wilson, Clemenceau und Lloyd George auferlegt, die alle drei abstinent und über die schädlichen Folgen des Alkoholverbrauchs wächtig klar sind. Nur Deutschland weigert sich von dieser Gefahr und hat bis im Versailleser Vertrag schätzende Menge bereits im ersten Jahre um das Sechsfache überschritten. Und nun warten wir auf Hilfe von Amerika. Aber wie kann Amerika uns helfen, an uns Vertrauen haben, wenn wir nicht einmal zur Selbsthilfe greifen? Wie soll Amerika Mittel haben und dem Teufel der Deutschen Kinder, wenn wir selbst uns blind und dem Teufel der Deutschen Kinder stellen? Solange die Nahrungsmittel gegenüber diesem Teufel nicht ansetzt, wird Amerika lieber verhungern in Deutschland nicht ansetzen, wird Amerika lieber weiter seinen Platz in den — Oesen verlieren, als damit das deutsche Kinderrecht künden.

Und nun geht hin, deutsche Frauen, deutsche Mütter und Väter und trinkt weiter, wenn ihr es gegen euch selbst, gegen eure Kinder, gegen unser Volk in Not veramt-orten könnt.

Die obenstehenden Angaben und Zahlen sind einem sehr interessanten Vortrag von Dittl Kühn entnommen, der vor kurzem in Dresden vor dem Bund abstinenten Frauen gehalten wurde.

Deutscher als Deutsch.

Hon. Friedrich Nitzert hammt folgendes ironische Gedicht, das sich heute wie eine politische Satire auf die frampfige Leutomanie der Deutschvolkslichen liest: Neulich deutshten auf deutsch vier deutsche Deutschlinge deutschend. Sie überbeutend an Deutsch, welcher der Deutsche sei. Hier deutschnamig denannt: Deutsch, Deutschgerig, Deutschering, Deutschbid; Selbst so hatten zu deutsch sie sich die Namen gedentscht. Jetzt weitdeutschten sie, deutschend in grammatikalischer Deutschheit. Deutscheren Komparativ, deutschesten Superlativ. „Ich bin deutscher als deutsch.“ „Ich deutschere.“ „Deutschester bin ich.“ „Ich bin der Deutschere, oder der Deutschere.“ Drauf durch Komparativ und Superlativ fortdeutschend, Deutschten sie auf bis zum Deutschereferenzen; Bis sie vor komparativisch- und superlativischer Deutschung Den Positiv von Deutsch hatten vergessen zuletzt.

Das hohe Lied der Berge.

Die Ostlin U.-O., Breslau, hat nach Fertigstellung des 1. Teils des Nischen- und Nergediges sofort den 2. Teil angeht, der sich „Wäber aus der Grafschaft Glatz“ betitelt. Auch dieser Teil ist bereits zusammengefasst und wird seine Erstausführung zusammen mit dem 1. Teil erleben. Von Glatz ausgehend, besuchen wir mit dem Kaufmann (sämtliche Plätze dieses von der Natur so herovorgend ausgestatteten Fleckchens Schloß und Lehren schließlich wieder nach Glatz zurück. Im Anschluss werden nachfolgende Aufnahmen des Waldenburger Bergland und seine Individen und das Glatzgebirge. Die Aufnahmeleitung lag wiederum in den Händen des Herrn Dr. Glatz.

